

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Dr. Dieter Thomae, Dr. Helmut Haussmann, Rainer Brüderle, Birgit Homburger, Rainer Funke, Marita Sehn, Hans-Michael Goldmann, Ulrike Flach, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Neuorientierung der Verbraucher- und Agrarpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die BSE-Krise erfordert eine Reform der europäischen Agrarpolitik, die die vielfältigen Ursachen für die jetzige Krise behebt. Die Gesundheit und der Schutz der Verbraucher müssen stärker im Mittelpunkt stehen. Eine marktwirtschaftliche Agrarpolitik ist am ehesten geeignet, die Interessen der Verbraucher und Steuerzahler, der Landwirte und Tierschützer zu erfüllen. Die F.D.P.-Bundestagsfraktion hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode und im Rahmen der Diskussion zur Agenda 2000 Vorschläge zur Marktentlastung bei Rindfleisch und Milch vorgelegt. Die Vorschläge wurden von der Bundesregierung leider nicht aufgegriffen und das Überschussproblem nicht gelöst.

Die F.D.P.-Bundestagsfraktion wird das Konzept der Bundesregierung für eine „Neuorientierung in der Verbraucher- und Agrarpolitik“ anhand dieser Prämissen prüfen und bewerten und ggf. eigene Konzepte vorlegen.

Die Ergebnisse des EU-Agrarministerrates vom 29. Januar und 30. Januar 2001 unterstreichen die Notwendigkeit einer wirksamen BSE-Bekämpfung und eines vorsorgenden Verbraucherschutzes auf europäischer Ebene.

Hohe nationale Standards allein sind in einem Binnenmarkt keine ausreichende Lösung.

1. Die EU-Agrarpolitik muss reformiert werden. Dazu muss die bisherige Planwirtschaft durch ein marktwirtschaftlich orientiertes Konzept ersetzt werden, das den Landwirten unternehmerische Perspektiven im ländlichen Raum eröffnet und ihre Leistungen zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft honoriert. Über eine Umschichtung der Fördermittel in die so genannte zweite Säule müssen Einkommensalternativen ausgebaut und der

ländliche Raum insgesamt gestärkt werden. Eine größere Unabhängigkeit der Landwirte von staatlichen Transferzahlungen und ein Bürokratieabbau stärkt den „ländlichen Unternehmer“ und ermöglicht einen Abbau von Subventionen.

2. Das Instrument der Kofinanzierung in der Europäischen Agrarpolitik zur Schaffung von mehr Transparenz muss ausgebaut werden. Eine Stärkung der Mitgliedstaaten und Länder durch mehr Subsidiarität und größere nationale Steuerungsmöglichkeiten ist wünschenswert.
3. Die Gesundheit und der Schutz der Verbraucher müssen stärker im Mittelpunkt stehen. Ein vorsorgender Gesundheits- und Verbraucherschutz ist über die Verankerung der hohen nationalen Standards zur Bekämpfung von BSE auf europäischer Ebene zu gewährleisten. Vor allem das Verbot der Tiermehlverfütterung muss dauerhaft in allen Mitgliedstaaten der EU gelten.
4. Im Rahmen einer Reform der Agrarpolitik muss der Tierschutz national und auf europäischer Ebene verbessert werden. Die von der Bundesregierung beschlossene Massenschlachtung darf nicht ausschließlich einer „Marktberreinigung“ dienen. Das wäre ethisch verwerflich und widerspricht dem Tierschutzgedanken. Diese Maßnahme ist nur akzeptabel, wenn die Produkte der BSE-negativ getesteten Tiere verwertet werden. Zudem ist aus ethischen, tierschutzpolitischen und züchterischen Gründen die „Herdenschlachtung“ abzulehnen und durch eine „Kohortenschlachtung“ (Schweizer Modell) zu ersetzen.
5. Die F.D.P. war schon immer der Auffassung, dass der ökologische Landbau aus Gründen des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes von besonderer Bedeutung ist. Er ist durch gezieltes Marketing und eine bessere Absatzförderung zu unterstützen. Allerdings wird der ökologische Landbau, der heute weniger als drei Prozent der Produktion entspricht, die agrarpolitischen Probleme allein nicht lösen können. Die „agrarpolitische Wende“ durch einen staatlich verordneten Ausbau des ökologischen Landbaus festschreiben zu wollen, ist kontraproduktiv und läßt sich nicht gegen den Markt durchsetzen. Marktmechanismen können nicht dauerhaft ohne großen volkswirtschaftlichen Schaden ausgeschaltet werden.
6. Angesichts der existenziellen Bedrohung für viele landwirtschaftliche Betriebe und wegen der Sicherheit der Verbraucher ist ein schnelles, massives Forschungsprogramm zur BSE-Forschung notwendig. Die bisherigen Anstrengungen der Bundesregierung sind völlig unzureichend. Zwar können Forschungsergebnisse nicht auf Knopfdruck oder mit dem bloßen Hineinpumpen von mehr Geld erzielt werden. Die Bundesregierung erweckt aber den Eindruck, in der BSE-Forschung gehe alles seinen bürokratischen Gang. Wir brauchen eine Forschung mit Hochdruck zur Entwicklung von Schnelltests am lebenden Rind, damit nicht mehr Tiere als nötig getötet werden müssen. Die in ihrer Existenz bedrohten Landwirte und die Verbraucher haben kein Verständnis dafür, wenn sich die Forschung wegen administrativer Schwierigkeiten verzögert. Eine Krise erfordert rasches Handeln. Die Koordination der Forschungsvorhaben von Bund und Ländern und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollte beim Bundesministerium für Bildung und Forschung angesiedelt werden.

Berlin, den 6. Februar 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion